2023/49 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2023/49/sudan-buergerkrieg-rivalisierende-milizen-die-stunde-der-warlords

Im Sudan eskaliert der Bürgerkrieg rivalisierender Milizen

Die Stunde der Warlords

Von **Thomas Schmidinger**

Die gescheiterte Demokratisierung des Sudan hat den drittgrößten Staat Afrikas in einen transnationalen Bürgerkrieg geführt, in dem neben sudanesischen Warlords auch Staaten aus aller Welt kräftig mitmischen.

Was im April mit Kämpfen zwischen den aus Darfur im Westen des Landes stammenden Rapid Support Forces (RSF) unter Mohammed Hamdan Dagalo und der regulären Armee in Khartoum begonnen hatte, hat mittlerweile dazu geführt, dass die rivalisierenden Gruppen verschiedene Teile des Landes beherrschen. Dagalos RSF kontrollieren den Großteil Darfurs und Teile des Zentralraums bis zur Hauptstadt. Die Armee unter Militärmachthaber Abdel Fattah Abdelrahman Burhan hält den Norden und Osten und Teile der Hauptstadt. Die aus der ehemals südsudanesischen Guerilla SPLM hervorgegangene SPLM-Nord unter Abdelaziz al-Hilu beherrscht den Süden von Kordofan, insbesondere die Nuba-Berge mit ihren vielen kleinen nichtarabischen ethnischen Minderheiten, und wurde im jüngsten Machtkampf zum Verbündeten Dagalos, während sich eine andere andere Fraktion der SPLM-Nord, die von Malik Agar geführt wird, hinter Burhan und das offizielle Militär stellte.

Am 17. November verkündeten schließlich zwei große ehemalige Guerillagruppen aus Darfur, die sich bisher zwischen Dagalo und Burhan neutral verhalten hatten, auf der Seite der Regierungsarmee gegen die RSF kämpfen zu wollen. Das von Gibril Ibrahim Mohammed geführte Justice and Equality Movement (JEM), das während des Kriegs in Darfur in den nuller Jahren teilweise mit Hasan al-Turabi, dem politischen Ziehvater und späteren Rivalen des sudanesischen Langzeitdiktators Omar al-Bashir, verbündet war, und die Sudan Liberation Army/Movement (SLA/M) des heutigen Gouverneurs von Darfur, Minni Minnawi, erklärten nun ihren Eintritt in den ohnehin schon komplexen Mehrfrontenkrieg.

> In den vergangenen Tagen gab es erstmals Belege dafür, dass ukrainische Spezialeinheiten im Sudan gegen die russische Söldnergruppe Wagner im Einsatz sind.

Dabei hatte Minni Minnawi schon bald nach der Gründung der SLA/M 2001 Teile seiner Anhängerschaft verloren. In den folgenden Jahren waren mehrere Splittergruppen der SLA/M aktiv. Während Minnawis SLA/M sich noch mit al-Bashir versöhnte und sich dann auch nach der Revolution von 2019 auf die Seite der Militärs stellte, verweigerten andere Gruppen, allen voran die von Abdul Wahid al-Nur geführte Fraktion, auch nach 2019 die Zusammenarbeit mit den Militärs.

Al-Nur hatte immer auf einem uneingeschränkten Machtverzicht des Militärs und einer vollständigen Säkularisierung des Staats bestanden. Seine Fraktion hatte sich immer geweigert, das vom Südsudan vermittelte Juba Agreement von 2020 zu unterzeichnen. Während sich al-Nur bis heute weder mit Dagalos RSF noch mit Burhans regulärer Armee verbündet hat, sondern versucht, eine unabhängige Außenseiterposition einzunehmen, hat sich eine weitere Abspaltung der SLA/M unter Mustafa Tambour bereits im Juli auf die Seite Burhans und der sudanesischen Armee geschlagen. Zahlreiche weitere Splittergruppen verbündeten sich entweder mit der Armee oder blieben neutral.

Humanitäre Katastrophe in Darfur

Dass sich bisher keine der relevanten SLA/M-Gruppen mit den RSF verbündet hat, liegt vor allem an der Vergangenheit Dagalos als Kommandant der Janjaweed. Diese wurden Anfang des 21. Jahrhunderts als irreguläre Milizen des Regimes gegen die insbesondere von nichtarabischen ethnischen Gruppen getragenen darfurischen Rebellen eingesetzt und begingen dabei schwere Kriegsverbrechen. Die RSF haben aber auch in den vergangenen Monaten Massaker an vermeintlichen und wirklichen Unterstützer:innen der JEM und der verschiedenen SLA/M-Gruppen begangen.

Seit Monaten kommt es in Darfur immer wieder wieder zu Massakern, Entführungen und Vergewaltigungen. Insbesondere in Westdarfur finden seit Monaten gezielte Vertreibungen von Masalit statt, zuletzt aus der von den RSF eingenommenen Provinzhauptstadt al-Geneina. Am 8. November richteten die RSF im nordöstlich der Stadt gelegenen Dorf Ardamata ein Massaker an, bei dem sie 800 bis 1.300 Zivilist:innen töteten. Dem UNHCR-Sprecher William Spindler zufolge zogen die Kämpfer der RSF von Haus zu Haus, um systematisch Männer und Jungen zu töten. Fast eine halbe Million Menschen sind angesichts dieser Gewalt in den vergangenen Monaten aus Darfur in den benachbarten Tschad geflohen, wo sie nur notdürftigst versorgt werden.

Die medizinische Versorgung in Darfur ist seit Beginn des Kriegs fast völlig zusammengebrochen. Eine im September veröffentliche Umfrage mehrerer Hilfsorganisationen wie UK Aid und US Aid ergab, dass derzeit lediglich 30 Prozent der Siedlungen Darfurs Zugang zu irgendeiner grundlegenden medizinischen Versorgung haben. In den Flüchtlingslagern im Tschad ist der Zugang zu medizinischer Versorgung etwas besser. Allerdings gibt es auch für diese Flüchtlinge angesichts der humanitären Notwendigkeiten andernorts derzeit kaum Mittel. Der bitterarme und selbst instabile Tschad kann die Versorgung kaum übernehmen.

Internationalisierter Konflikt

Das bedeutet allerdings nicht, dass es kein internationales Engagement im Sudan gäbe. Dieses hilft nur leider nicht der Bevölkerung. Von Anfang an unterstützten Ägypten, Saudi-

Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Israel, die beiden rivalisierenden libyschen Regierungen, die USA und Russland unterschiedliche Kriegsparteien im Sudan. Die russische Söldnergruppe Wagner war schon vor ihrem Aufstand gegen Wladimir Putin im Juni auf der Seite von Dagalos RSF aktiv. In den vergangenen Tagen gab es erstmals Belege dafür, dass auch ukrainische Spezialeinheiten im Sudan gegen die Wagner-Gruppe im Einsatz sind.

Für die verschiedenen arabischen Staaten ist der vergleichsweise dünn besiedelte Flächenstaat ein wichtiger Rückzugsraum, Rohstofflieferant und potentieller Nahrungsproduzent. Die Kontrolle über die Goldminen in Darfur, die sich Dagalo in den vergangenen Jahren sichern konnte, ermöglicht eine einfache und unkomplizierte Finanzierung seiner RSF. Israel ist wiederum vor allem daran interessiert, den Sudan in den Abraham Accords zu halten. Am 7. Januar 2021 hatten Sudans Justizminister Nasreddin Abdulbari und US-Finanzminister Steven Mnuchin nach heftigem Druck der USA ein Dokument unterzeichnet, durch das der Sudan der Abraham-Accords-Deklaration als Signatarstaat beitritt.

> Das Interesse der USA im Krieg um den Sudan geht über die Abraham Accords und die Bedrohung durch ein prorussisches Regime hinaus. Die USA betrachten vor allem die VR China, die schon mit dem alten Regime al-Bashirs gute Geschäfte machte, als Gefahr.

Der in Aussicht gestellte Friedensvertrag zwischen Israel und dem Sudan konnte jedoch vor dem Beginn des Gaza-Kriegs in diesem Jahr nicht ausgehandelt werden. Angesichts der derzeitigen Eskalation um Gaza und des Einfrierens des Annäherungsprozesses mit Saudi-Arabien bangt Israel um die gesamten Abraham Accords. Sollte der Sudan wieder ausscheiden, wäre dies ein weiterer schwerer Rückschlag für das von der US-Regierung Donald Trumps etablierte Konzept der Friedensschlüsse mit verschiedenen arabischen Staaten.

Das Interesse der USA im Krieg um den Sudan geht allerdings über die Abraham Accords und die Bedrohung durch ein prorussisches Regime hinaus. Die USA betrachten vor allem die VR China, die schon mit dem alten Regime al-Bashirs gute Geschäfte machte, als Gefahr. Der Sudan bildete Ende der neunziger Jahre gewissermaßen den Ausgangspunkt des chinesischen Afrika-Engagements. Von hier aus breitete sich der ökonomische und damit auch der politische Einfluss Chinas ins subsaharische Afrika aus.

Weitere Eskalation

Versuche der USA, im Mai gemeinsam mit Saudi-Arabien Friedensverhandlungen zwischen den Hauptrivalen anzubahnen, scheiterten. Militärisch scheint derzeit Dagalo im Vorteil zu sein und immer mehr Gebiete unter seine Kontrolle zu bekommen. Die Regierung hat de facto die umkämpfte Hauptstadt Khartoum verlassen und regiert die verbliebenen Regionen seit September von der Hafenstadt Port Sudan aus.

Eine Friedenslösung ist durch die Beteiligung neuer Kriegsparteien noch unwahrscheinlicher geworden. Vielmehr ist es geradezu erstaunlich, dass keine jihadistischen Gruppen im Sudan Fuß gefasst haben, um den Zusammenbruch der

öffentlichen Ordnung auszunutzen.

Die zivilen Aktivist:innen der Demokratiebewegung kämpfen heutzutage um ihr nacktes Überleben. Es gibt sie noch, gegen die rohe Gewalt der Militärs und Milizen sind sie derzeit allerdings machtlos. Einen Frieden der Kriegsherren beurteilte die sudanesische Linke immer skeptisch. Nun geschieht genau das, wovor sie und die Demokratiebewegung immer gewarnt haben: Die Weigerung der Militärs, die Macht der zivilen Demokratiebewegung zu übergeben, hat den Sudan komplett in den Abgrund gerissen.

© Jungle World Verlags GmbH